

Stiftungen sind keine Spielwiese

Das 9. Stiftungsforum Rhein-Ruhr beleuchtet erneut aktuelle Fragen und Themen der deutschen Stiftungslandschaft. Etwa 100 Vertreter von Stiftungen, Aufsicht und Beratung diskutieren die typische Verbesserungspotenziale.

Von Armin Häberle

Am 25. September 2018 trafen sich in Duisburg bereits zum neunten Mal Stiftungsvertreter auf Einladung der Kanzlei und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage und DIE STIFTUNG zum diesjährigen Stiftungsforum Rhein-Ruhr. Anders als in den Vorjahren stand die Veranstaltung im Museum Küppersmühle für Moderne Kunst in Duisburg diesmal unter keinem bestimmten Schwerpunktthema. Denn, so das Zwischenfazit von Franz Schulte von PKF, „im deutschen Stiftungssektor geht nichts grundlegend schief, aber wie überall kann vieles immer noch besser gemacht werden.“

Schulte präsentierte beispielhaft Auszüge aus einer Prüfstatistik einer mittelgroßen Stiftungsbehörde. Vereinzelt wurden in den vergangenen Jahren bis zu 45 Prozent der Jahresrechnungen durch die Behörde beanstandet. Bemerkenswert: Trotz Niedrigzinsphase waren Beanstandungen zum Erhalt des Stiftungsvermögens eher selten. Deutlich häufiger wurden ungenügende Angaben zur Mittelverwendung, zu Verwaltungskosten oder zu „Sammelposten“ beanstandet, oder schlicht Rechenfehler angemerkt, also Mängel, die vermeidbar wären. „Die Behörde wird aufmerksam, wenn Formalitäten nicht eingehalten werden, Rechnungsposten nicht transparent sind oder die Erträge deutlich vom Durchschnitt anderer Stiftungen abweichen“, so Schulte. Sorgfältiges Stiftungsmanagement und proaktive Begründung von etwaigen Abweichungen könne vielen dieser Probleme vorbeugen.



Steuerrisiko steigt

Dies ist besonders wichtig, da auch Gemeinnützigkeit nicht vor Strafe schützt. „Stiftungen sind keine Spielwiese, auf der rechtliche Fragen weniger streng durchgesetzt werden als in anderen Bereichen der Gesellschaft,“ fasste Moderatorin Sabine Kamrath von DIE STIFTUNG die Vorträge von Schulte und Ralph van Kerkom, ebenfalls von PKF Fasselt Schlage, zusammen.

Van Kerkom hatte zuvor exemplarisch handwerkliche Fehler in Stiftungsberichten aufgezeigt, die regelmäßig zu Rückfragen durch die Stiftungsbehörden führten. Die Folgen reichten von der Hinzuschätzung steuerpflichtiger Erträge bis zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit. „Wichtig ist, sein Zahlenwerk von Anfang an im Griff zu haben“, so van Kerkom. Dazu gehöre auch ein System, das Fehlerquellen gezielt minimiere. Im Kontext von Großkonzernen bekannt unter (Tax) Compliance Management System, schrecke das Konzept viele ab, lasse sich aber selbst in kleinen Stiftungen mit vertretbarem Aufwand implementieren und werde immer wichtiger, da in Zukunft sowohl das Risiko



steuerlicher Verstöße als auch ihrer Entdeckung und Ahndung weiter steigen werde. Und ein solches System schütze im Zweifel auch deswegen, weil man ein bestimmtes Vorgehen festgelegt hat und begründen kann.

Vorteilhaft für Stiftungen: Stiftungsbehörden verstehen sich immer weniger als Kontrollorgane und immer mehr als Partner, die Stiftungswesen und gesellschaftliches Engagement fördern möchten. So könnten viele Frage oft im Vorfeld mit den Behörden besprochen werden, resümierte auch Petra Träg, Geschäftsführerin der SOS Kinderdorf Stiftung in ihrem Auftaktvortrag. Anhand eines echten Beispiels aus der Praxis zeigte sie beispielhaft die Umstrukturierung eines brachliegenden Vermögens einer Stiftung, welche der Vorstand schon aufzugeben gedachte. Durch frühzeitiges Informieren und Einbinden der Aufsicht wurde die Neuausrichtung auch von Seiten der Behörde unterstützt. Daher ermutigte sie Stiftungen auch, mutiger und unternehmerischer zu denken. Vor allem bei der Vermögensanlage zeige sich, dass viele Stiftungen sich mit vermeintlich risikoarmen Anlagestrategien selbst in die Handlungsunfähigkeit manövrierten. Stattdessen sollten Stiftungen ihre Ewigkeitsperspektive als Vorteil verstehen und gezielt höhere Aktienquoten in ihren Portfolios anstreben. Die meist höheren Erträge könnten dann so manche Stiftungsarbeit revitalisieren.

Satzungsänderungen rasch angehen

Doch wer für neue Anlagerichtlinien – oder auch aus weniger grundlegenden Überlegungen heraus – möglicherweise seine Stiftungssatzung ändern möchte oder muss, sollte sich beeilen. Aufgrund der Reformüberlegungen zum Stiftungsrecht werden künftig Satzungsänderungen noch komplexer umzusetzen als bisher schon.

Im Anschluss an die Vorträge diskutierten die Referenten noch intensiv mit Monika Worbs von der Stiftungsbehörde Köln über die Herausforderungen im Stiftungswesen und die Beziehung zu den Behörden. Besonders betont wurde dabei von Worbs, dass viele Stiftungen bei vielen Herausforderungen oft bis zum letzten Moment abwarten würden, anstatt sich frühzeitig auf sich meist bereits abzeichnende Entwicklungen einzustellen. „Und dann reagiert man nur noch, anstatt zu agieren“, so Worbs. Ein wichtiges Thema seien hier zum Beispiel Nachfolgeregelungen für Stiftungsgremien, mit denen man sich rechtzeitig beschäftigen müsse. Diese Problemstellung werde oft herausgeschoben, in der Hoffnung, ein geeigneter Kandidat würde sich schon irgendwann melden. Hier passiere aber nichts von alleine, man müsse selbst aktiv werden und am besten in Netzwerken nach geeigneten Nachfolgern suchen. „Wir haben keinen Topf mit möglichen Vorständen, die wir nur anzurufen brauchen“, betonte Worbs. Auch für die Stiftungsaufsicht sei es mühsam und mit viel Aufwand verbunden, Posten zu besetzen.



Träg erkundigte sich zudem bei Worbs, wie die Aufsichten in Zukunft mit der Verwaltungskostenquote umgehen sollen, die 30% der Ausgaben nicht übersteigen sollte. „Die Verwaltungskosten nehmen immer weiter zu, durch Regulierung, und weil die Anforderungen steigen. Das ist nichts, was eine Stiftung in der Hand hat, dass sie zum Beispiel nun eine LEI-Nummer braucht, die jedes Jahr 80 EUR kostet. Das ist für eine kleine Stiftung viel Geld. Wie soll die Stiftung damit umgehen? Die Erträge können ja nicht einfach so erhöht werden“, kommentierte sie. Worbs erklärte dazu, dass es hier auf den einzelnen Fall ankomme und man nicht eine klare, allgemeingültige Antwort geben könne. Bei der Prüfung der Stiftungen würden Tendenzen bewertet, und wenn Verwaltungskosten immer weiter steigen würden, sei das problematisch „Stiftungen haben ja nicht Selbstverwaltung als Zweck, das kann nicht der Sinn sein. Aber wenn wir Erklärungen bekommen, was bei der Arbeit der Stiftung passiert, warum manche Kosten höher ausfallen, und wie damit perspektivisch umgegangen werden soll, berücksichtigen wir das natürlich. Wir sehen ansonsten nur die Zahlen und wissen nicht, was dahintersteckt“, warb Worbs um Verständnis. Gegen Ende der Diskussion und anhand der Wortbeiträge wurde auch deutlich, dass viele Vertreter kleinerer Stiftungen sich gerade für die Administration eine standardisierte, kostengünstige Unterstützung wünschen würden. „Wo bleibt der Mieterverein für Stiftungen?“, lautete etwa eine Aufforderung aus dem Plenum, bevor die 100 Teilnehmer beim Get-together das Thema weiter diskutierten und – umrahmt von Gerhard Richter und anderen modernen Künstlern – das 9. Stiftungsforum Rhein-Ruhr mit Blick über den Duisburger Innenhafen ausklingen ließen.

